

Rheinland-Pfalz: Armutsquote Erwerbstätiger gestiegen und immer mehr Menschen haben mehr als einen Job

Hintergrund

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, zur Armutsgefährdungsquote Erwerbstätiger in Rheinland-Pfalz und Deutschland und zur Quote der Beschäftigten mit mehr als einem Job liegen folgende Ergebnisse vor.

Ergebnisse

- 8,2 Prozent der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hatten im Jahr 2019 weniger als 60% des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen zur Verfügung. Das ist der höchste gemessene Wert der letzten 10 Jahre. Die Armutsgefährdungsquote ist in Rheinland-Pfalz zwischen 2010 (7,5 Prozent) bis 2019 um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.
 - Für einen Einpersonenhaushalt lag die Armutsgefährdungsschwelle 2019 bei 1074€ netto im Monat. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/liste-armutsgefaehrungsschwelle.html>)
 - Gemessen am Landesmedian liegt die Armutsgefährdungsquote sogar bei 8,8 Prozent, während gleichzeitig die Zahl der Einkommensmillionäre in Rheinland-Pfalz steigt. Das deutet auf eine wachsende Ungleichheit im Land hin.
- Der Anteil an Erwerbstätigen mit mindestens zwei Tätigkeiten an allen Erwerbstätigen lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2019 bei 6,2 Prozent. Damit liegt er über dem bundesdeutschen Anteil von 5,4 Prozent. Zwischen 2011 und 2019 ist der Anteil in Rheinland-Pfalz von 5,3 Prozent um 0,9 Prozentpunkte gestiegen.

Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN

„Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz sind arm trotz Arbeit und immer mehr Menschen haben mehr als einen Job um über die Runden zu kommen. Das ist ein beschämendes Ergebnis der Politik der vergangenen Jahrzehnte. Diese Entwicklung muss endlich gestoppt werden und dazu ist es unerlässlich für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Der Mindestlohn muss auf 13 Euro pro Stunde erhöht und Leiharbeit sowie Werkverträge müssen endlich effektiv bekämpft werden. Außerdem müssen wir es erleichtern, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, um die Tarifbindung im Land endlich wieder anzuheben. Wer heute zu wenig verdient, ist auch im Alter arm. Deswegen müssen wir jetzt gegensteuern, denn gute Arbeit und gute Löhne sichern auch eine gute Rente.“